

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°38 - 28. April 2023

LEITARTIKEL

Frankreich besteht auf die Kolonisierung der Insel Mayotte

Ein beträchtlicher Zustrom illegaler, mittelloser Komoren-Einwohner, hat zu einem erschütternden Anstieg von Gewalt und Kriminalität in Mayotte geführt. Das französische Innenministerium hat die "Operation Wuambushu" gestartet, die darauf abzielt, die Slums von Mayotte zu zerstören und illegale Einwanderer auf die Insel Anjouan abzuschieben. Die Sicherheitskräfte wurden jedoch durch ein Gerichtsurteil, das die Zerstörung von Slums verbietet, verhindert, da dies aufgrund der Form ihrer Konstruktion legal errichtete Gebäude beschädigen könnte. Darüber hinaus haben die Komoren ihre Häfen für französische Schiffe geschlossen. Zu Beginn der Operation feuerten 1800 Polizisten 650 Tränengasgranaten, 85 Einkreisungsgranaten und 60 LBD-Schüsse ab. Sie waren gezwungen, 12 scharfe Munitionen als Warnung auf den Boden abzufeuern, obwohl die Gefahr bestand, dass sie abprallten und töteten. Der Komoren-Archipel wurde 1974 von Frankreich in zwei Teile geteilt. Auf der einen Seite die heutige Union der Komoren, auf der anderen das heutige französische Département Mayotte. Diese Teilung verstößt einerseits gegen die Verpflichtung, die Frankreich in den Abkommen vom 15. Juni 1973 eingegangen ist, die vom Minister für Übersee Frankreich, Bernard Stasi, und dem Präsidenten der Regierung des Territoriums, Ahmed Abdallah Abderaman, unterzeichnet wurden, und andererseits gegen den Grundsatz der Unteilbarkeit des Archipels, der durch das Völkerrecht festgelegt wurde. Die Frage nach dem Wesen der aufeinanderfolgenden Regime auf den Komoren sollte nicht berücksichtigt werden, ebenso wenig wie die Frage der jahrhundertelangen mangelnden Einheit der Komoren, geschweige denn die Operationen der irregulären Truppen von Bob Denard. Frankreich weiß nicht mehr, wie es seine Bürger von Mayotte und sein Engagement für die Dekolonisierung des vereinten Archipels zufriedenstellen soll. Es versucht, die Insel Mayotte zu behalten, die sie zur Kontrolle der Scattered Islands (ebenfalls illegal besetzt) nutzt, und unterhält dort eine elektromagnetische Abhörbasis. Anstatt mit der Union der Komoren zu verhandeln, ignoriert Frankreich die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu diesem Thema ausgesprochenen Mahnungen an das Völkerrecht und beharrt hartnäckig darauf, sich auf der Insel zu behaupten, wobei die Gefahr besteht, dass es schließlich zu einer Situation führt, die mit der in Algerien vergleichbar ist.

AMERIKA

Die Entdollarisierung der Welt

Der Anteil des Dollars an den globalen Reserven betrug im Jahr 2022 47 %, verglichen mit 71 % im Jahr 2001. Es gibt eine allmähliche Beschleunigung des Phänomens mit einem Paroxysmus im letzten Jahr. Das Tempo der Entdollarisierung ist heute 10-mal schneller als vor zwanzig Jahren. Die Phase von 2022 erklärt sich damit, dass eine Reihe von Ländern nach Alternativen suchte, nachdem der Westen versucht hatte, einseitige Zwangsmaßnahmen gegen Russland zu verallgemeinern. Finanzministerin Janet Yellen sagte: "Wenn wir Finanzsanktionen im Zusammenhang mit der Rolle des Dollars anwenden, besteht die Gefahr, dass sie im Laufe der Zeit die Hegemonie des Dollars untergraben könnten." Laut *Bloomberg Intelligence* ist der Anteil des Dollars niedriger geworden als der Anteil des Yuan am internationalen Handel Chinas. Ende März waren es nur noch 47 Prozent, 2010 waren es noch 83 Prozent.

Wie man bei US-Wahlen abstimmt, ohne Staatsbürger zu sein

Die *Public Interest Legal Foundation* hat gezeigt, dass es möglich ist, sich mit seinem Führerschein für die Stimmabgabe in den USA zu registrieren, auch wenn es sich nicht um einen Nachweis der Staatsangehörigkeit handelt. In den Vereinigten Staaten liegen Wahlen in der Verantwortung der Bundesstaaten, nicht der Bundesregierung. Einige Staaten haben jedoch eine gemeinsame Agentur geschaffen, um Registranten in zwei verschiedenen Staaten aufzuspüren, (das *Electronic Registration Information Center (ERIC)*). Es ist offensichtlich einfach, sich für Kommunalwahlen zu registrieren, und es ist durchaus möglich, ohne Staatsbürgerschaftsnachweis an Bundestagswahlen teilzunehmen.

James im Zentrum der Ermittlungen der Familie Biden

Der Unterausschuss des Repräsentantenhauses, der die Familie Biden untersucht, sammelte verschiedene Zeugenaussagen in Bezug auf den jüngeren Bruder von Präsident Joe Biden (80), James Biden (73). Sie scheinen einander sehr nahe zu stehen, bis zu dem Punkt, dass es James war, der das Oval Office des Weißen Hauses für Joe ausstattete. Der Unterausschuss hat konstatiert, dass James oft seine Verwandtschaft mit Joe genutzt hat, um seine Geschäfte zu führen. Obwohl viele Zahlungen identifiziert wurden, wissen die Parlamentarier immer noch nicht, für welche Arbeit James sie erhalten hat. Jetzt steht er, und nicht mehr sein Neffe Hunter Biden, im Mittelpunkt der Ermittlungen.

Hunter Bidens rechtliche Antwort

Der Anwalt von Hunter Biden, Abbe Lowell, hat an den Finanzminister geschrieben und ihn gebeten, eine Untersuchung einzuleiten, um zu erfahren wie Garrett Ziegler fünf vertrauliche Verwaltungsberichte über die Aktivitäten seines Mandanten erhalten und sie im [Internet](#) veröffentlichen konnte. Diese Dokumente wurden an den Unterausschuss des Repräsentantenhauses weitergeleitet, der die Aktivitäten der Familie Biden untersucht. Sie soll sie einem Zeugen zur Stellungnahme gezeigt haben. Das Bankgeheimnis verbietet den Parlamentariern jedoch, die bisher untersuchten Daten mit anderen zu diskutieren. Darüber hinaus wurde Hunter Biden von einem Richter in Arkansas vorgeladen, um Steuerelemente über sein Einkommen vorzulegen, um den Unterhalt zu beurteilen, den er an die Mutter seiner Tochter zahlen muss.

Whistleblower wirft Generalstaatsanwalt vor, gelogen zu haben, um Hunter Biden zu schützen

Ein IRS (Steuerdienst-Whistleblower hat die Aussage von Generalstaatsanwalt Merrick Garland in Frage gestellt. Er wirft ihm vor, gelogen zu haben, um die Verbrechen von Hunter Biden zu minimieren. Nach seiner

Aussage behauptet dieser Sonderbeauftragte der strafrechtlichen Steueraufsicht, politische Anweisungen erhalten zu haben, den Fall Hunter Biden nicht weiter zu untersuchen. Merrick Garland steht seit April 2021 unter Sanktionen Russlands. Moskau wirft ihm vor, falsche Anschuldigungen bestätigt zu haben, um 10 russische Diplomaten auszuweisen.

Kandidatur de Robert Francis Kennedy Jr.

Robert Francis Kennedy Jr., Sohn des ehemaligen Generalstaatsanwalts Bob Kennedy und Neffe von Präsident John Fitzgerald Kennedy, kandidierte jetzt für die Nominierung der US-Demokratischen Partei gegen den amtierenden Präsidenten Joe Biden. Umfragen zeigen heute, dass Joe Biden gegen Donald Trump verliert. Robert Kennedy Jr. ist ein Umweltschützer. Er gewann eine hochkarätige Klage gegen Monsanto. Im Namen der Wissenschaft führte er während des Covid-Ausbruchs den Kampf gegen Dr. Anthony Fauci und Pharmaunternehmen. Wie Bernie Sanders im Jahr 2020 versucht dieser linke Mann, der nicht aufgehört hat, gegen die Führer der Demokratischen Partei zu kämpfen, diese Partei so zu übernehmen, wie der Jacksonianer Donald Trump die Republikanische Partei übernommen hat. Kennedy hat den Kampf gegen die Korruption der Institutionen und gegen die Macht transnationaler Konzerne zu seinem Ziel gemacht. Er verkörpert eine nicht-sektiererische Linke, die sich dem Gemeinwohl widmet. Im Juli 2021 nahm Robert Kennedy Jr. an der *ReAwaken America Tour* teil, die von der Presse als rechtsextreme christliche Bewegung beschrieben wurde. Er wurde dort zusammen mit General Michael Flynn und dem Wahlstrategen Roger Stone fotografiert. Der Republikaner Roger Stone, der an den Kampagnen von Richard Nixon, Ronald Reagan und George W. Bush teilnahm und die von Donald Trump leitete, versichert, dass unabhängig von den Differenzen zwischen Trump und Kennedy (insbesondere in Bezug auf Waffen und Abtreibung) eine Kandidatur der nationalen Einheit der beiden Männer eine Lösung bieten würde, um auf die Teilung des Landes zu reagieren und die

Existenz der Vereinigten Staaten zu erhalten. Steve Bannon seinerseits ermutigte Robert Kennedy zur Kandidatur.

Ein Gesetz zum Schutz von Frauen im Sport

Das Repräsentantenhaus verabschiedete das Gesetz zum Schutz von *Frauen und Mädchen im Sport Act of 2023*. Es verlangt von Athleten, dass sie auf der Grundlage ihrer "reproduktiven und genetischen Biologie bei der Geburt" antreten, nicht auf der Grundlage ihrer Geschlechtsidentität.

Angriffe auf die Meinungsfreiheit an US-Universitäten

Nach Angaben der *Foundation for Individual Rights and Expression* (FIRE), die gegen die "Kultur der Annullierung" [*cancel-culture*] kämpft, gab es im Jahr 2017 83, im Jahr 2018 82 und im Jahr 2019 87 Sanktionen, um Universitätsprofessoren zum Schweigen zu bringen. Sie stiegen an auf 151 im Jahr 2020, 213 im Jahr 2021 und nur noch 145 im Jahr 2022. Es wird angenommen, dass die Zunahme dieser Zensuroperationen mit den *Woke-Reaktionen* auf die Ermordung von George Floyd im Jahr 2020, sowie mit der Kampagne zur Transgender-Identität, der Präsidentschaft von Donald Trump und der #MeToo-Bewegung zusammenhängt. Die am stärksten betroffenen Universitäten sind Harvard (23 Aktien), gefolgt von Stanford (22), Kalifornien in Los Angeles (19) und Georgetown (16).

Die sechs Bedrohungen für die innere Sicherheit der USA

Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas kündigte eine 90-tägige Überprüfung der US-Schwachstellen an. Sie umfasst sechs Themen: - Migration. Er sagte, das Ziel seiner Regierung sei es, "legale Wege zu schaffen, um Einzelpersonen die Möglichkeit zu geben, die Vereinigten Staaten sicher und auf geordnete Weise zu erreichen, um die humanitäre Hilfe in Anspruch zu nehmen, die unsere Gesetze bieten, und dann eine Konsequenz [des Wohnsitzes, sogar der Nationalität] für

diejenigen zu erhalten, die diesen legalen Kanälen folgen." - Künstliche Intelligenz. Innerhalb der Abteilung wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um die Anwendungen von KI in der inneren Sicherheit zu untersuchen. - China. Er beschuldigte das Land, Angriffe zu sponsern, "die darauf abzielen, die Bereitstellung kritischer inländischer Funktionen zu stören oder zu verschlechtern, Zwietracht zu säen, Panik zu erzeugen und die Mobilisierung der militärischen Fähigkeiten der USA zu verhindern". - Inländischer Extremismus. "Einzeltäter und kleine Zellen von Individuen, die von einer Vielzahl gewalttätiger extremistischer Beschwerden und Ideologien motiviert sind, von weißer Vorherrschaft über Antisemitismus bis hin zu regierungsfeindlichen Einstellungen, sind die hartnäckigste und tödlichste Bedrohung für den Terrorismus in den Vereinigten Staaten." - Fentanyl-Handel. - Die Auswirkungen des Klimawandels.

Fox News feuert Tucker Carlson

Fox News hat seine Zusammenarbeit mit Tucker Carlson, dem berühmtesten Rundfunkjournalisten der Vereinigten Staaten, ohne Vorankündigung oder Grund beendet. Justin Wells, der leitende ausführende Produzent der Show, hat Berichten zufolge ebenfalls das Netzwerk verlassen. Diese Entlassung folgt auf die Klage von Fox News gegen *Dominion Voting Systems* (die Fox News 787 Millionen US-Dollar gekostet hat) und ist der Auftakt der Klage von Smartmatic gegen das Netzwerk. Entgegen dem Anschein gab Fox News *Dominion* grundlos nach: Tucker Carlson hatte den Hersteller von Wahlgeräten nicht diffamiert, sondern Experten das Wort erteilt, die erklärten, dass diese Maschinen mit dem Internet verbunden seien und daher während der Abstimmung ferngesteuert werden könnten; was niemand bestreitet. Tucker Carlson Tonight war die am zweithäufigsten gesehene politische Show in den Vereinigten Staaten. Die Presse berichtet über eine Klage wegen sexueller Belästigung, die vor einem Monat von einer Sekretärin von Tucker Carlsons Show, Abby Grossberg, eingereicht wurde. Aber diese Aktion betrifft ihn nicht

direkt, sie richtet sich gegen einige seiner anderen Mitarbeiter. Der Abgang des Starjournalisten wurde von den Demokraten mit Applaus und von den Republikanern mit großer Enttäuschung begrüßt. Steve Bannon sagte, Tucker Carlson sei "der" Grund, *Fox News* anzusehen. Die Aktien von Fox Corp, dem der Kanal gehört, fielen nach Bekanntwerden der Nachricht um 5%.

US-Außenministerium widerspricht Weißem Haus wegen Rückzug aus Afghanistan

Michael T. McCaul, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, enthüllte die Existenz eines internen Berichts des Außenministers über den Sturz von Kabul. Er würde die Schuld sowohl auf die Trump- als auch auf die Biden-Regierung abwälzen. Er sagte, der vollständige Bericht würde das 12-seitige [Dokument](#) untergraben, das das Weiße Haus gerade veröffentlicht hat und das darauf abzielt, Bidens Entscheidung zur einzigen verfügbaren Option zu machen, sobald Trump den Rückzug ausgelöst hatte.

Michael T. McCaul forderte die Veröffentlichung der Ergebnisse des Berichts, die nicht mehr klassifiziert werden würden.

Alejandro Toledo in Peru inhaftiert

Der ehemalige peruanische Präsident Alejandro Toledo ist von den USA an sein Land ausgeliefert worden. Er wird beschuldigt, während des Baus der *Inter-Oceanic Highway* ein Bestechungsgeld in Höhe von 20 Millionen US-Dollar von der brasilianischen Firma Odebrecht erhalten zu haben. Alejandro Toledo war pro-amerikanisch und Mitglied der Initiative "Freunde Israels" des ehemaligen spanischen Premierministers José María Aznar.

Guatemala unterstützt Taiwan

Der guatemaltekeische Präsident Alejandro Giammattei hat Taiwan bei einem offiziellen Besuch auf der Insel bedingungslos Unterstützung zugesagt. Nur 13 von 193

Staaten unterhalten diplomatische Beziehungen zu dem nicht anerkannten Staat der "Republik China". Die anderen 180 betrachten Taiwan als aufständische Provinz der "Volksrepublik China". Davon unterhalten 59 nicht-diplomatische Beziehungen zur Republik China.

Kolumbien ist Gastgeber einer Konferenz zu Venezuela

Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro berief ein internationales Treffen ein, um die Fortsetzung oder Aufhebung einseitiger Zwangsmaßnahmen (fälschlicherweise als "Sanktionen" bezeichnet) gegen Venezuela zu erörtern. Vor dem Treffen wurde Juan Guaidó, der am Vortag illegal nach Kolumbien eingereist war, abgeschoben. Seine Regierung wird seit Ende 2022 von der venezolanischen Opposition nicht mehr anerkannt. Gustavo Petro hat US-Präsident Joe Biden aufgefordert, die Sanktionen gegen Venezuela im Austausch für Garantien für die für 2024 geplanten Präsidentschaftswahlen schrittweise aufzuheben. Das Treffen fand in Anwesenheit des stellvertretenden Nationalen Sicherheitsberaters der USA, Jonathan Finer, und des EU-Außenministers Josep Borrell statt. Der Gipfel brachte die Standpunkte näher zusammen. Er schloss mit der Feststellung, dass nur die Veröffentlichung eines genauen Zeitplans für die venezolanischen Präsidentschaftswahlen in der Lage sei, die Dinge zu ändern.

Angriff auf die argentinische Wirtschaft

Laut einem der 24 Direktoren des IWF, dem Argentinier Sergio Chodos, haben drei argentinische Persönlichkeiten den IWF gebeten, dem Land nicht zu helfen, solange es von Peronisten regiert wird und keine liberalen Prinzipien anwendet. Diese drei Persönlichkeiten wären der ehemalige Finanzminister Hernonza, der ehemalige Zentralbankgouverneur und ehemalige Finanzminister Alfonso Prat Gay und der ehemalige Zentralbankgouverneur Guido Sandleris, alle Mitglieder der Regierungen von Mauricio Macri (liberale PRO). Der Präsident der argentinischen Nation, Alberto Fernández

(Peronist), bestätigte die Fakten. Diese Enthüllungen kommen zu einem Zeitpunkt, an dem nicht identifizierte Betreiber den argentinischen Peso angreifen, dessen Wert sie Anfang dieser Woche zu einem Rückgang von 11% geführt haben. Es ist der derzeitige Wirtschaftsminister Sergio Massa, der die peronistischen Farben bei der nächsten Präsidentschaftswahl tragen wird und nicht Präsident Alberto Fernández und Vizepräsidentin Cristina Fernández de Kirchner. Es wird erwartet, dass er gegen die ehemalige Sicherheitsministerin Patricia Bullrich antritt, die sich für einen weit verbreiteten Waffenbesitz ausspricht. Laut Human Rights Watch war sie an der Erpressung der indiskreten Videos von Marcelo D'Alessio beteiligt.

EUROPA

Katholische Synode öffnet sich für Frauen

Papst Franziskus wird 70 "nicht-bischöfliche" Mitglieder - von denen 35 Frauen und "viele" "Jugendliche" sein werden - als Delegierte für die Synode mit dem gleichen Verhandlungs- und Stimmrecht ernennen, das die 300 Bischöfe genießen werden. 10 Mitglieder religiöser Orden beiderlei Geschlechts werden ebenfalls ernannt, um an der Veranstaltung teilzunehmen und abzustimmen.

Ungarn bestreitet geheime Pentagon-Dokumente

Die ungarische Regierung hat die Behauptungen der geheimen Pentagon-Dokumenten zurückgewiesen, die von Jack Teixeira geleakt wurden, dass Ministerpräsident Viktor Orbán die Vereinigten Staaten zu den Hauptgegnern seiner Partei Fidesz gezählt habe.

EU gegen Desinformation und Hass im Internet

Die Europäische Union wird ab August 19 soziale Netzwerke mit jeweils mehr als 45 Millionen Nutzern überwachen. Es geht darum, sicherzustellen, dass sie Fehlinformationen und

Hass im Internet effektiv bekämpfen.
Zu widerhandlungen werden mit einer
Geldstrafe von bis zu 6% ihres Umsatzes
geahndet.

EU und Japan gegen US- Sanktionsvorschlag

Laut der [Financial Times](#) hätten die EU und Japan auf dem G7-Außenministertreffen in Japan einen US-Plan vereitelt, alle Exporte nach Russland zu verbieten.

Auf Einladung Washingtons verhängen die EU und Japan Einfuhrverbote für russische Kohlenwasserstoffe, die weitaus restriktiver sind als die in den Vereinigten Staaten.

Josep Borrell gegen China

Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, der Spanier Josep Borrell, veröffentlichte in Frankreich einen Gastbeitrag im *Journal du Dimanche*. Dies ist eine Reaktion auf Äußerungen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron während seiner Reise nach Peking. Josep Borrell posiert: "Ein kalter Blick auf China". Er präsentiert sie als Partner, Konkurrent und Rivale. Er schreibt: "In unseren Augen gibt es nur ein China. Aber nicht unter irgendwelchen Bedingungen. Und schon gar nicht durch Gewaltanwendung. Europa muss in der Tat in dieser Frage, die uns wirtschaftlich, kommerziell und technologisch betrifft, sehr präsent sein. Deshalb fordere ich die europäischen Marinen auf, in der Taiwanstraße zu patrouillieren, um Europas Engagement für die Freiheit der Schifffahrt in diesem absolut entscheidenden Bereich zu zeigen." Darüber hinaus sagte Josep Borrell vor dem Europäischen Parlament: "Taiwan ist eindeutig Teil unseres geostrategischen Perimeters, um den Frieden zu garantieren (...) Nicht nur aus moralischen Gründen muss eine Aktion [von China] gegen Taiwan unbedingt abgelehnt werden. Es liegt auch daran, dass es in wirtschaftlicher Hinsicht für uns äußerst ernst wäre, weil Taiwan eine strategische Rolle bei der Herstellung der fortschrittlichsten Halbleiter spielt." Die Europäische Union versucht, den Mitgliedstaaten ihre Politik aufzuzwingen.

Frankreich plädiert angesichts der chinesisch-amerikanischen Rivalität für Neutralität, während Brüssel sich nicht anders verhält, als mit Washington verbündet zu sein.

Weltweite Erhöhung der Rüstungsbudgets

Nach Angaben des [Stockholm International Peace Institute](#) (SIPRI) stiegen die weltweiten Rüstungsausgaben im Jahr 2023 um 3,7 % auf 2,24 Billionen US-Dollar. Dieser Anstieg erklärt sich durch den bewaffneten Konflikt in der Ukraine. Er betrifft hauptsächlich Finnland mit 36 %, Litauen mit 27 %, Schweden mit 12% und Polen mit 11 %; das bringt diese Länder zu den Ausgaben des Kalten Krieges zurück. Dies war der größte Anstieg seit der Auflösung der Sowjetunion.

Jens Stoltenberg in Kiew

Der Generalsekretär des Atlantischen Bündnisses, der Norweger Jens Stoltenberg, wurde in Kiew vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj empfangen. Auf der anschließenden Pressekonferenz sagte er: "Lassen Sie uns klar sein: Der Platz der Ukraine ist in der euro-atlantischen Familie (...) Die NATO steht Ihnen heute, morgen und so lange zur Seite, wie es nötig ist (...) So wie die russische Aggression negative und sehr schmerzhaft globale Folgen hatte, sollte der Sieg der Ukraine der Welt neue Sicherheitsstandards, eine neue Erfahrung gemeinsamen Handelns und wirtschaftlichen Potenzials, neue Möglichkeiten zum Aufbau und zur Verteidigung bringen – gemeinsam."

Gespräch zwischen Xi und Selenskyj

Der chinesische Präsident Xi Jinping telefonierte mehr als eine Stunde lang mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj. Er bestätigte die Bedingungen von Pekings 12-Punkte-Friedensplan und lud ihn zu Verhandlungen ein. Er hat angekündigt, einen Sondergesandten zu entsenden, um Gespräche mit allen Parteien zu führen. Seine Mission wird es nicht sein, den Krieg zu nutzen, um

Geschäfte zu machen, sondern für den Frieden zu arbeiten. Herr Selenskyj zeigte sich höflich und versicherte ihm, dass die Ukraine die Auffassung Pekings teile, dass es nur ein China gibt, von dem Taiwan eine Provinz ist. Er lehnt jedoch einen Waffenstillstand mit Russland ab. Kiew ist der Ansicht, dass nicht nur Neurussland, sondern auch Donbass und Krim ukrainische Gebiete seien. Ein Waffenstillstand wäre eine teilweise Anerkennung eines russischen Sieges. Selenskyj ernannte den Minister für strategische Industrien, Pawlo Rjabikin, zum Botschafter in Peking. Die USA äußerten sich skeptisch und sagten, China sei nicht in der Lage, Friedensstifter zu spielen, weil es die "Invasion" der Ukraine nicht verurteilt habe. Im Gegenteil, Frankreich und Deutschland haben sich am chinesischen Ansatz aufmerksam und interessiert gezeigt. Vor dem Telefonat führte Xi Gespräche mit vielen Führern relevanter Parteien, darunter Russland, Deutschland, Frankreich und die EU sowie neutrale Dritte wie Brasilien.

Verbrechen französischer Söldner in der Ukraine

Die russische Kommission zur Untersuchung der in der Ukraine begangenen Verbrechen sagte, sie habe französische Söldner unter den Verantwortlichen für die Ermordung von 25 russischen Kriegsgefangenen identifiziert. Sie sollen als Teil des Asowschen Bataillons und der 92. Brigade der ukrainischen Streitkräfte gehandelt haben. Die Untersuchungskommission wird alle Umstände der Vorfälle ermitteln, um die an der Begehung der Verbrechen Beteiligten vor Gericht zu stellen. An der ukrainischen Front befinden sich 8000 ausländische Söldner, hauptsächlich Polen, Amerikaner, Kanadier, Rumänen und Briten. Nach Angaben des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCH), Volker Türk, aus Österreich, verfolgt die Ukraine nicht ihre Soldaten, die dokumentierte Kriegsverbrechen begangen haben. Das französische Strafgesetzbuch bestraft Söldnertumsaktivitäten mit 5 Jahren Gefängnis und dem Verbot von zivilen-, bürgerlichen- und Familien-Rechten (Art. 436). Sowohl Söldner als

auch reguläre Soldaten müssen für Folter und Mord an Gefangenen zur Rechenschaft gezogen werden. Ihnen droht dann lebenslange Haft.

AFRIKA

Freilassung tschadischer Verschwörer

Der tschadische Präsident Mahamat Idriss Déby Itnol hat angekündigt, die zwölf Personen, die an dem Putschversuch gegen ihn im Dezember 2022 beteiligt waren, freizulassen.

Verschwinden des meistgesuchten Gefangenen des Sudan

Das Gefängnis, in dem der ehemalige Präsident Omar al-Bashir festgehalten wurde, wurde angegriffen. Berichten zufolge verschwand er zusammen mit Abdel-Rahim Muhammad Hussein und Ahmed Haroun. Die drei Männer wären nach Angaben einiger in ein Militärkrankenhaus verlegt worden, das von den Männern von "General" Mohammed Hamdan Dagalo (alias "Hemedti") befreit wurde. Omar al-Bashir wird weiterhin mit Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gesucht

Äthiopien verhandelt mit Oromo-Rebellion

Der äthiopische Premierminister Abiy Ahmed hat die Aufnahme von Verhandlungen mit der Oromo-Befreiungsfront in Tansania angekündigt. Oromo liegt im Süden des Landes, während Tigray im Norden liegt. Abiy Ahmed stammt selbst aus Oromo.

Video

Wir haben an der Sendung [À la recherche de la vérité](#) (nur auf Französisch) teilgenommen.

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

Verhaftung des ehemaligen burundischen Premierministers

Der ehemalige Premierminister Alain-Guillaume Bunyoni (2020-22) wurde verhaftet. Die Vorwürfe gegen ihn sind unbekannt. Die Vereinigten Staaten beschuldigten ihn, für den Bürgerkrieg im Jahr 2015 verantwortlich zu sein. Sie verhängten Sanktionen gegen ihn von 2015 bis 2021.

Yoweri Museveni lehnt Todesstrafe für Homosexuelle ab

Der ugandische Präsident Yoweri Museveni hat sich geweigert, das Gesetz zu erlassen, das Homosexualität mit Todesurteilen bestraft. Dieses Gesetz, das unter dem Einfluss evangelikaler christlicher Kirchen erlassen wurde, griff das alte viktorianische Gesetz auf und verschärfte es, das von den britischen Kolonisten auferlegt wurde.

Südafrika und der IStGH

Während der Internationale Strafgerichtshof fordert, dass alle seine Mitglieder, einschließlich Südafrika, Wladimir Putin verhaften, damit er in Den Haag vor Gericht gestellt wird, hat der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa den Rückzug seines Landes aus dem Gerichtshof angekündigt. Präsident Putin wird in Pretoria zum BRICS-Gipfel erwartet. Angesichts des Drucks von außen und innen hat Südafrika jedoch einen Rückzieher gemacht und bleibt im IStGH.

Analysen des Voltaire-Netzwerks

• "[Türkei gegen das amerikanische Imperium](#)" von Thierry Meyssan
Drei Wochen vor den türkischen Präsidentschaftswahlen ändert sich die Debatte. Aus einer Debatte des für oder gegen den Islamismus von Recep Tayyip Erdoğan wird eine solche des für oder gegen das Bündnis mit den Vereinigten Staaten. Der scheidende Präsident gewinnt nun wieder Punkte in den Umfragen, die ihm bis jetzt eine Niederlage voraussagten. Vom Islamisten wurde er nun zum Nationalisten. Es ist im Moment unklar, ob dies ausreichen wird, um ihm einen Sieg zu ermöglichen, aber es ist zu erwarten, dass er im Falle eines Sieges die Türkei aus der NATO zurückzieht.

• "[Die Rebellion gegen das Dollar-Imperium weitet sich aus](#)", von Manlio Dinucci
Innerhalb weniger Monate wurde die Rebellion gegen das US-Imperium in die Tat umgesetzt: Der Anteil des Dollars an den globalen Reserven sank im Jahr 2022 auf 47 %. US-Finanzministerin Janet Yellen war gezwungen zu erklären: "Wenn wir Finanzsanktionen im Zusammenhang mit der Rolle des Dollars anwenden, besteht das Risiko, dass sie im Laufe der Zeit die Hegemonie des Dollars untergraben könnten."

ASIEN

Adwan-Stammesführer wegen Schmuggels verhaftet

Der jordanische Abgeordnete Imad Adwan wurde in Israel verhaftet. Er hätte fünfzehn Pistolen, zwölf Maschinengewehre und etwa 100 Kilo Gold bei sich gehabt. Die Bedingungen seiner Verhaftung sind unklar und die offiziellen Erklärungen widersprüchlich. Eine Revolte ist absehbar, wenn Israel ihn anklagt, während seine Freilassung als Zeichen der Schwäche erscheinen wird. Imad Adwan ist ein Anführer des Adwan-Stammes mit über 100 000 Einwohnern. Der Stamm ist in Jordanien und Israel präsent, besitzt den größten Teil des

Landes im Jordantal und ist einer der patriotischsten und grausamsten Stämme.

Treffen der syrischen und türkischen Verteidigungsminister

Verteidigungsminister und Chefs russischer, iranischer, türkischer und syrischer Sicherheitsdienste trafen sich in Moskau, um Damaskus und Ankara näher zusammenzubringen. Syrien fordert immer noch den Abzug der türkischen Streitkräfte vor einem Friedensgipfel zwischen den Präsidenten Bashar al-Assad und Recep Tayyip Erdoğan. Dies ist das erste Mal, dass der Iran zu diesen Verhandlungen eingeladen wird. Sie werden stattfinden, obwohl sich das Gerücht über eine schwere Krankheit von Präsident Recep Tayyip Erdoğan verbreitet.

Ermordung des Vertreters des Obersten Führers des Iran

Der Vertreter des Obersten Führers beim Dienstagsgebet, Ayatollah Abbas Ali Soleimani, wurde kaltblütig von einem Bankwächter ermordet. Er hatte ihn auch in den Provinzen Sistan und Belutschistan vertreten. Dieser vorsätzliche Mord ist noch nicht aufgeklärt.

Mögliches Abkommen über die Entkolonialisierung der Chagos-Inseln

Die Insel Mauritius hätte sich bereit erklärt, den illegalen Pachtvertrag für den US-Stützpunkt *Diego Garcia* im Falle einer Rückgabe der von den Briten kolonisierten Chagos-Inseln, zu verlängern. Die Reaktion der Vereinigten Staaten ist unbekannt, da sie wissen, dass Mauritius eine besondere Beziehung zu China hat. Im Mai 2019 gab die Generalversammlung der Vereinten Nationen dem Vereinigten Königreich 6 Monate Zeit, um die Chagos-Inseln, einschließlich des Stützpunkts Diego Garcia, zu verlassen und an Mauritius zurückzugeben.

Fortsetzung der französischen Ermittlungen gegen Riad Salamé

Französische Richter, die sich in Beirut aufhalten, um die Aktivitäten des Gouverneurs der libanesischen Zentralbank, Riad Salamé, zu untersuchen, haben ihre Anhörungen begonnen. Der Bruder des Verdächtigen, Raja Salamé, erschien aus gesundheitlichen Gründen nicht vor den Richtern, sondern wurde von seinem Anwalt vertreten.

Taliban halten ihr Versprechen

Ein zentrales Element des US-Abzugsabkommens aus Afghanistan mit den Taliban war das Versprechen, dass sie nie wieder zulassen würden, dass das Land als Basis genutzt wird, von der aus Dschihadisten Terroranschläge gegen den Westen verüben könnten. Washington hat gerade bestätigt, dass die Taliban vor zwei Wochen einen ISIS-Khorasan-Chef getötet haben, der direkt für das Selbstmordattentat vom August 2021 verantwortlich ist, bei dem 13 US-Marines und 170 Afghanen am Flughafen von Kabul getötet wurden.

Sikh-Unabhängigkeitsführer verhaftet

Amritpal Singh, der Anführer der Unabhängigkeitsbewegung der Punjab Sikhs, wurde verhaftet. Der Polizei gelang es, ihn aus einem Schrein zu holen, in dem er betete, ohne stürmen zu müssen. Amritpal Singh war seit dem Unfalltod des Schauspielers Deep Sidhu zum Anführer der Bewegung für die Schaffung des "Khalistan" geworden. Das Sikh-Reich wurde 1849 von den Briten besiegt. Angesichts des englischen Reiches, dann Indiens, bildete sich jedoch eine Bewegung, um es im Punjab wiederherzustellen. 1984 ordnete Premierministerin Indira Gandhi die "Operation Blue Star" an. Es ging darum, hundert Unabhängigkeitsbefürworter zu verhaften, die sich im Goldenen Tempel von Amritsar verschanzt hatten. Die Operation, an der Sikh-Soldaten teilnahmen, wurde zu einem Gemetzel und hinterließ mehr als 500 Tote, hauptsächlich Pilger, die vor Ort anwesend

waren. Zwei Monate später wurde Indira Gandhi von ihren Sikh-Leibwächtern ermordet.

Russland fordert Indien auf, dem Afghanistan-Quartett beizutreten

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat Indien vorgeschlagen, dem Afghanistan-Quartett beizutreten. Zu diesem Quartett gehören neben Russland auch China, Iran und Pakistan. Dieser Vorschlag wurde vorgelegt, da China insgeheim versucht, den Streit zwischen Indien und Pakistan zu lösen.

Attentat in Myanmar mit Hilfe der CIA

In Yangon ermordeten die Volksverteidigungskräfte Sai Kyaw Thu, den stellvertretenden Generaldirektor der burmesischen Wahlkommission. Über die Volksverteidigungskräfte ist wenig bekannt, außer dass sie sich als bewaffneter Flügel einer mysteriösen, von der CIA unterstützten "Regierung der nationalen Einheit" präsentieren. Diese Kräfte versuchen, die Abhaltung von Neuwahlen zu sabotieren, während sie sich für pro-demokratisch erklären.

Mögliche Rückkehr der Shinawatras nach Thailand

Paetongtarn Shinawatra, Tochter des ehemaligen Premierministers Thaksin Shinawatra (2001-06) und Nichte der ehemaligen Premierministerin Yingluck Shinawatra (2011-14), könnte die thailändischen Wahlen gewinnen. Als er Premierminister war, schuf Thaksin ein 1-Dollar-Sozialversicherungssystem. Er hatte auch Maßnahmen zugunsten der Bauern und der Armen im Allgemeinen ergriffen. Seine Amtszeit endete jedoch mit Korruptionsvorwürfen. Die Rückkehr seiner Familie wird von den politischen Mitarbeitern Bangkoks als Grauen empfunden. Seine Partei schlägt vor, den Mindestlohn von 10 auf 18 Dollar pro Tag anzuheben.

Die NATO im indopazifischen Raum

Die NATO-Partner im indopazifischen Raum (darunter Südkorea, Japan, Australien und Neuseeland) trafen sich in Litauen. Der stellvertretende Generalsekretär des Bündnisses, Mircea Geoană aus Rumänien, eröffnete das Treffen mit den Worten: "Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist langwierig. Autoritäre Regime in Moskau, Peking und anderswo stellen die regelbasierte internationale Ordnung offen in Frage." Er betonte, dass China nicht der Gegner der NATO sei, sondern dass es durch den Versuch, sich zu behaupten und eine Zwangspolitik anwende, "unsere Interessen, unsere Sicherheit und unsere Werte" bedrohe. Er sagte, die wachsende Annäherung Russlands und Chinas sei besorgniserregend, da China sich weigere, Russland für den Krieg zu verurteilen, den es "ohne Rechtfertigung und ohne Provokation gegen die Ukraine begonnen hat". "China versucht also, sich weiterhin als Vorbild für Neutralität zu inszenieren, während es dennoch Russlands falsche Thesen und Desinformationskampagnen weitergibt." Die Teilnehmer einigten sich darauf, eine gemeinsame Position zur nuklearen Bedrohung durch Nordkorea zu entwickeln.

Nordkorea bereitet sich auf den Start eines Spionagesatelliten vor

Der nordkoreanische Oberste Führer Kim Jong-un befahl den Beginn eines militärischen Spionagesatelliten. Er erklärte, dass die Entwicklung des Weltraums für die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes "unverzichtbar" sei.

Nordkorea aus der Sicht Südkoreas

Das südkoreanische Vereinigungsministerium hat einen 553-seitigen [Bericht](#) in englischer Sprache über die Menschenrechte in Nordkorea veröffentlicht. Er basiert auf den Zeugenaussagen von mehr als 500 nordkoreanischen Überläufern und beleuchtet weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Behörden, darunter Tötungen, Folter und öffentliche Hinrichtungen.

Südkorea wird unter dem nuklearen Schirm der USA bleiben

Während [71% der Südkoreaner](#) der Meinung sind, dass ihr Land Atomwaffen erwerben sollte, hat Präsident Yoon Suk-yeol bei einem Besuch in Washington versprochen, unter dem nuklearen Schutzschirm der USA zu bleiben. Im September 2022 verabschiedete Nordkorea ein Gesetz, das seinen Status als Atommacht als "unumkehrbar" erklärte. Obwohl sie die "Invasion" Russlands in der Ukraine verurteilten, sprachen Präsident Joe Biden und Präsident Yoon Suk-yeol nicht offiziell über die Hilfe für die Ukraine. Die geheimen Pentagon-Dokumente, die Jack Teixeira durchsickern ließ, bezeugen, dass die NSA der südkoreanischen Regierung zu diesem Thema zuhörte. Südkorea hat sich mit den Vereinigten Staaten verbündet, wenn es um den Indopazifik und Taiwan geht.

Erratum

Die Kautions, die bei den japanischen Parlamentswahlen verlangt wird, beträgt 3 Millionen Yen (nicht Dollar).

China bereitet Berichten zufolge eine Seeblockade Taiwans vor

Laut IndoPaCom, dem US-Kommando für den indopazifischen Raum, bereitet China eine vollständige Seeblockade Taiwans vor. Es wurden verdächtige Aktivitäten von Hubschraubern festgestellt, die auf den U-Boot-Krieg spezialisiert sind, sowie Störungen von GPS-Signalen.

China testet seinen dritten Flugzeugträger

Die Marine der chinesischen Volksbefreiungsarmee feiert ihr 74-jähriges Bestehen. Bei dieser Gelegenheit öffnete sie dem Publikum einige ihrer brandneuen Schiffe für die Öffentlichkeit (fast die gesamte Flotte wurde in den letzten 20 Jahren vom Stapel gelassen). Sie gab auch bekannt, dass sie die

Navigationstests ihres 3. Flugzeugträgers, der *Fujian*, abschließt, damit er in den kommenden Monaten einsatzbereit sein könnte.

Flugzeugträger sind Waffen, die zur Projektion von Kräften und nicht zur Verteidigung von Territorien bestimmt sind. Die Vereinigten Staaten haben davon die größte Zahl: 21. Diese Waffen sind jetzt durch Hyperschallraketen gefährdet und können daher nicht gegen moderne Militärs wie die Russlands und Chinas eingesetzt werden.

Die 10 Jahre der "Gürtel und Straße"

China feiert den 10. Jahrestag seines Belt and Road (BRI)-Projekts. In diesem Zeitraum hatte es mehr als 200 Kooperationsdokumente mit 151 Staaten und 32 zwischenstaatlichen Organisationen unterzeichnet.

Prozess in China

Dong Yuyu (61), ein liberaler Journalist der *Guangming Daily*, wird wegen Spionage für Japan vor Gericht gestellt. Er wurde letzte Woche verhaftet, als er mit einem japanischen Diplomaten zu Mittag aß. Yang Chih-yuan (33), ein taiwanesischer Unabhängigkeitspolitiker, wurde im August verhaftet. Er wird auch als Gründer der in der Volksrepublik China verbotenen taiwanesischen Nationalpartei vor Gericht gestellt.

China verschärft seine Gesetzgebung gegen Cyberspionage

Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses hat einen Vorschlag von Präsident Xi Jinping zur Reform des Spionageabwehrgesetzes angenommen. Cyberangriffe, die auf staatliche Stellen und kritische Informationsinfrastrukturen abzielen, werden davon betroffen. Die Internetdiensteanbieter werden verpflichtet sein, die für die Spionageabwehr zuständigen Behörden zu unterstützen und über mögliche Probleme zu berichten. Die US-amerikanische *National Security Agency* (NSA) hat die Kontrolle über Teile des chinesischen Telekommunikationsnetzes übernommen,

nachdem sie sich in eine staatlich finanzierte Universität gehackt hatte, berichtete die *Global Times*. Es ist nicht bekannt, ob China seine Netze reinigen konnte.

China erlässt Gesetze zu KI

China hat sein erstes Gesetz zur künstlichen Intelligenz (KI) ausgearbeitet. Ziel ist es, jede Errungenschaft zu verhindern, die die sozialistischen Werte und die Geschichte des Landes untergraben würde. Nachrichten, die die staatliche Autorität untergraben oder Separatismus fördern, werden ebenfalls verboten. Darüber hinaus müssen KI-Unternehmen das geistige Eigentum respektieren und ihre Algorithmen bei den Regulierungsbehörden registrieren. Diese Reaktion unterscheidet sich sehr von dem westlichen „laissez-faire“.

Die umstrittenen Äußerungen des chinesischen Botschafters in Paris

Auf die Frage von Darius Rochebin des LCI-Senders sagte der chinesische Botschafter in Frankreich, [Lu Shaye](#): "Es hängt davon ab, wie Sie dieses Problem [der Krim] wahrnehmen. Es gibt Geschichte. Die Krim gehörte ganz am Anfang zu Russland. Es war Chruschtschow, der die Krim der Ukraine während der Sowjetunion gab. [die Länder die aus der UdSSR entstanden] haben keinen effektiven Status im Völkerrecht, weil es kein internationales Abkommen gibt, um ihren Status als souveräne Länder zu konkretisieren."

Die europäischen Staaten haben diese Äußerungen nacheinander als "inakzeptabel" bezeichnet. Die Sowjetunion betrachtete die Länder, die sie annektierte, als Provinzen, deren Verwaltungsgrenzen sie oft änderte. Die Grenzen der neuen unabhängigen Staaten wurden innerhalb ihrer sowjetischen Verwaltungsgrenzen proklamiert, nicht innerhalb ihrer ursprünglichen historischen Grenzen. So wurde die Krim vom Ersten Sekretär der KPdSU, Nikita Chruschtschow, selbst Ukrainer, an die Ukraine angeschlossen.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATION

WHO über Marburg-Virus besorgt

Die Weltgesundheitsorganisation ist in Alarmbereitschaft. Ein Ausbruch der Marburg-Viruskrankheit wird sowohl in Guinea als auch in Tansania gemeldet. Es ist nicht bekannt, wie es geheilt werden kann, und seine Sterblichkeitsrate durch Blutungen kann mit der von Ebola verglichen werden. Das Marburg-Virus tauchte 1967 in einem Labor in Marburg (Deutschland) auf. Es wird angenommen, dass dieses Virus in seinem natürlichen Zustand von Fledermäusen, dann zwischen Menschen, durch verschiedene Schleimhäute und andere Körperflüssigkeiten übertragen wird.

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltairenet.org

Redaktionssekretär : Serge Marchand,
serge.marchand@voltairenet.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro